





ernüchternen und die Lösung der Reparationsfrage, deren tatsächlicher Stand noch sehr konfus sei und wozu noch sehr viel Unvorhergesehenes hinzukommen könne, den Sachverständigen überlassen würden.

### Deutsche Nichtigstellungen zur Lüge- und Drohhede Poincaré's.

Berlin, 16. Dez. Zu der Rede Poincaré's erzählt das Wolke-Büro von berufener Seite: Es ist ein Irrtum, wenn Poincaré annimmt, daß für die Reparationsverpflichtungen das deutsche Nationalvermögen haftet. Richtig ist nur, daß der Artikel 248 des Versailler Vertrages, die einzige Bestimmung, die hier in Betracht kommt, und zwar sowohl in ihrem englischen wie in ihrem französischen Wortlaut, Deutschland verpflichtet, das Vermögen des Reiches und der Länder, also nur Staats- und nicht Privatvermögen, zur Abdeckung der Reparationszahlungen zu verwenden. Der Artikel 248 gibt aber auch, soweit das Staatsvermögen in Betracht kommt, den Alliierten nicht das Recht zur Beschlagnahme, also zum unmittelbaren Zugriff, sei es in Form der Errichtung einer Zollgrenze, sei es in der Form irgend einer Kontrolle der Produktion gewisser Gebiete. Wenn ferner der französische Ministerpräsident es als einen Satz des Zivil- und Völkerrechts hinstellt, daß das Vermögen des Schuldners ein Pfand für den Gläubiger sei, so ist ein ebenso gültiger Satz der Grundgesetz der Sicherstellung der eigenen Lebensnotwendigkeiten. Dies ist im Vertrag von Versailles überdies auch ausdrücklich anerkannt worden, indem er den notwendigen Lebensbedürfnissen des deutschen Volkes den Vorrang vor den finanziellen Leistungspflichten gegenüber der Entente gibt. Wie weit sich die unmittelbare Verfolgung von Reparationsansprüchen durch die französische Regierung mit den Machtbefugnissen der Reparationskommission in Einklang bringen läßt, ist bei früheren Anlässen bereits hinreichend erörtert worden. Bedauerlich wäre es, wenn die einschneidende Entwicklung verständnisvoller Zusammenarbeit beider Teile durch gewalttames Eingreifen des Reparationsgläubigers eine Unterbrechung erleiden würde. Was die Behauptung betrifft, daß Frankreich bis Ende 1922 bereits 100 Milliarden Francs zu Lasten Deutschlands vorgeschossen habe, so sei nur auf die Ausführungen Loucheurs in der französischen Kammer am 7. November ds. Js. verwiesen, worin er es als einen Irrtum bezeichnet, daß bereits 90 Milliarden für die verwüsteten Gebiete ausgegeben wären; der bis zum 30. Juni verausgabte Betrag beziffere sich vielmehr auf 45 Milliarden Francs, wozu im übrigen zu bemerken ist, daß diese Milliarden hauptsächlich für Pensionen verwandt und damit dem eigentlichen Wiederaufbau entzogen wurden. Der französische Ministerpräsident scheint auch von skandalösen Profiten der deutschen Großindustrie gesprochen zu haben. Man braucht diese Profite nur auf die Goldbasis zurückzuführen und sie in Beziehung zum investierten Kapital zu setzen, um zu erkennen, wie minimal in Wirklichkeit die Erträge sind.

### Besprechungen des Reichskanzlers mit den Fraktionsführern des Reichstags. Um die deutschen Vorschläge.

Berlin, 16. Dez. In der Reichskanzlei fand heute nachmittags unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Fraktionsführern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, der sozialdemokratischen Partei, der deutschnationalen Partei, der demokratischen Partei und der bayerischen Volkspartei statt, in der der Reichskanzler zu der gegenwärtigen Lage Stellung nahm und Staatssekretär Bergmann über seinen Aufenthalt in London berichtete. Insbesondere wurde auch darüber gesprochen und Uebereinstimmung erzielt, wie weiterhin die enge Fühlung zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag aufrechterhalten und gepflegt werden soll.

Berlin, 16. Dez. Eine sozialistische Korrespondenz will wissen, daß bei der Reichsregierung die Absicht bestehe, auch einen Plan über eine endgültige Lösung der Reparationsfrage vorzubereiten. Vor allem scheine man bestrebt zu sein, Garantien anzubieten. Die Garantieforderung soll, der Korrespondenz zufolge, in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Hermes und des

Staatssekretärs Bergmann mit maßgebenden deutschen Bankiers besprochen werden.

Berlin, 17. Dezbr. Zu den gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern meldet die „Vossische Zeitung“: Das Ergebnis der Besprechung war der einstimmige Beschluß, daß die Beratung im Auswärtigen Ausschuß noch verfrüht wäre, da die Verhandlungen mit den Sachverständigen noch fortzuauern. — Das „Berliner Tageblatt“ will wissen, daß es nach dem Bericht des Staatssekretärs Bergmann über seinen Londoner Aufenthalt so scheine, als hätten die deutschen Vorschläge in London doch einen gewissen Eindruck gemacht. In unterrichteten Kreisen werde die gegenwärtige Lage als immerhin nicht ungünstig bezeichnet, wenn auch ein zu großer Optimismus nicht am Platze wäre. Da der Reichskanzler besonderen Wert darauf lege, mit den Parteiführern in Fühlung zu bleiben, dürfte im Laufe der nächsten Woche eine Aussprache zwischen der Reichsregierung und den Parteiführern stattfinden. Den Blättern zufolge trat das Reichskabinett gestern nachmittags im Anschluß an die Besprechung mit den Parteiführern zu einer Sitzung zusammen, um sich erneut mit der Reparationsfrage zu befassen. Dabei wurden insbesondere die Ergänzungsvorschläge besprochen, die von Deutschland zu den letzten Vorschlägen gemacht werden sollen. — Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ soll die Reichsregierung mit allen in Frage kommenden Wirtschaftsinteressenten sich darüber unterhalten.

### Die Konferenz in Lausanne.

#### Englischer Optimismus über die Verhandlungen.

Paris, 17. Dezbr. (Havas.) Man meldet dem „Echo de Paris“ aus Lausanne, daß bei Gelegenheit des von der französischen Abordnung zu Ehren der englischen und türkischen Delegationen gegebenen Festessens Lord Curzon sich sehr optimistisch geäußert hätte. Er solle sich folgendermaßen geäußert haben: Wir werden Europa ein willkommenes Weihnachtsgeschenk machen, indem wir ihm die Unterzeichnung des griechisch-türkischen Vorfriedens bringen.

#### Konferenzpause über Weihnachten.

Lausanne, 16. Dezbr. Die Konferenz wird entgegen autoritativen Meldungen ihre Arbeiten voraussichtlich nur für die Weihnachtstage unterbrechen und sofort nach den Festtagen wieder zusammentreten.

### Er mordung des polnischen Staatspräsidenten.

Warschau, 17. Dezbr. Der Minister des Innern erließ eine Rundgebung, in der es heißt: Eine unverantwortliche Hand vollführte am 16. Dezember einen ruchlosen Mord an dem Präsidenten der polnischen Republik, Narutowicz. Der Attentäter wird die verdiente Strafe erleiden. Alle Behörden sehen ihre Funktionen fort. Ich fordere alle a i f, im Augenblick der für den Staat so schweren Prüfung absolute Ruhe und Würde zu bewahren. Ministerpräsident Sirocki hat angekündigt, daß er für eine rücksichtslose Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge tragen werde. Entsprechende Sicherheitsmaßnahmen seien getroffen worden. — Nach den bisherigen Nachrichten herrscht überall Ruhe.

Warschau, 16. Dezbr. Den Blättern zufolge hatte der Staatspräsident kurz vor seiner Ermordung angelehrt der Unmöglichkeit, der Bildung eines parlamentarischen Kabinetts den bisherigen Arbeitsminister Darowski mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt. Als vorzusitzlichen Außenminister nennen mehrere Blätter den Chef der polnischen Delegation bei den Dresdner Verhandlungen, Dłowski.

Warschau, 16. Dezbr. Polnische Telegraphenagentur. Heute um 4 Uhr nachmittags fand eine Sitzung des Senats unter dem Vorsitz des Sejmpräsidenten, Rataj, statt. Der Termin der Nationalversammlung wurde auf den 20. Dezember, 10 Uhr vormittags, festgesetzt. Die Leiche des Präsidenten Narutowicz, mit dem Staatsadler

der polnischen Republik verhüllt, wurde unter einer Ehreneskorte ins Palais Belvedere übergeführt. Als Vertreter der Regierung wohnte diesem Trauerzug der Minister Darowski bei.

Warschau, 18. Dezbr. Der Mörder des Präsidenten Narutowicz hat im Verhör erklärt, daß er aus eigener Initiative gehandelt habe. Er befreit, irgendwelche Helfershelfer gehabt zu haben. Heute wird die Untersuchung abgeschlossen. Der Mörder wird unverzüglich vor ein Standesgericht gestellt werden.

### Deutschland.

#### Reichstag.

Anpassung der Einkommensteuerehe an die Teuerung. Berlin, 14. Dezbr. Der Reichstag nahm heute in dritter Beratung den Gesetzentwurf betreffend die Neuregelung der Gewerbeordnung mit einem sozialdemokratischen Änderungsantrag, der die Gehaltsgrenze hinaufsetzt, an und trat dann in die zweite Beratung der Novelle zum Einkommensteuergesetz ein. Nach eingehender Aussprache werden weitergehende sozialdemokratische und kommunistische Änderungsanträge abgelehnt und der Ausschlußfassung zugestimmt, wonach für 1923 der Steuerabzug für die erste Million 10 Prz., für die nächste 15 bzw. 20 bzw. 25 Prz., für die nächsten 2 Millionen 30 Prz., 35 Prz., 40 Prz. und 45 Prz., für die nächsten 3 Millionen 50 Prz. bzw. 55 Prz. und für die weiteren Beträge 60 Prz. beträgt. Die Ermäßigung für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau beträgt bei einem Einkommen bis zu einer Million 2400 M. für jedes minderjährige Kind 12000 M. bei einem Einkommen bis zu 2 Millionen. Der Abzug für Werbungskosten wird auf 1000 M. erhöht. Bezüglich der Bestimmungen für 1922 werden die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge gleichfalls abgelehnt, angenommen dagegen mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien ein Antrag der Regierungsparteien, wonach für die ersten angefangenen oder vollen 400000 M. 10 Prz. abzugelassen sind, statt 300000 M. nach der Regierungsvorlage. Der Rest des Gesetzes findet in der Ausschlußfassung Annahme, ebenso in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur Abänderung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht. Nach Erledigung einer Reihe von Etats verlagte sich das Haus auf morgen Mittag 12 Uhr.

#### Der Wiederaufbau unserer Handelsflotte.

Berlin, 16. Dezbr. Nach einer Meldung der Russischen Tel. Ag. ist der deutsche Dampfer „Pionier“ mit einer Ladung Schuwaren und Nähmaschinen wohlbehalten in dem persischen Hafen Enzeli eingelaufen.

Hamburg, 16. Dezbr. Heute nachmittags lief für die Hamburg-Amerika-Linie der 8000 Tonnen große Frachtdampfer „Wasgenwald“ und der Doppelschraubendampfer „Albert Ballin“ mit einem Raummehel von 22000 Brutto registertonnen vom Stapel. Dieses Schiff soll mit einer vollständig neuer Schlingerdämpfungsanlage ausgerüstet worden sein. Für die Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Kosmos“ wurde der 6000 Tonnen große für Weilküstenfahrt bestimmte Frachtdampfer „Semestrif“ und für die Bugfahrderei und Bergungs-WG. der Doppelschraubendampfer-Seeschlepper und Bergungsmapfer „Hermes“ ins Wasser gelassen. Dieses wird das größte Schiff seiner Art in Deutschland sein.

#### Änderung des Schwerbeschädigtengesetzes.

Berlin, 16. Dezbr. Laut „Vorwärts“ hat der Reichsarbeitsminister dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter vom 6. April 1920 zugehen lassen. Der Gesetzentwurf übernimmt das Erfordernis der Zustimmung der Hauptfürsorgestellen zu einer Kündigung gegenüber einem Schwerbeschädigten als dauernde Bestimmung. Bei Streiks und Ausperrungen soll der Arbeitgeber grundsätzlich verpflichtet werden, die an solchen Aktionen beteiligten Schwerbeschädigten wieder einzustellen. Auch das Beschwerdeverfahren wird durch den Gesetzentwurf neu geregelt.

### Der Weihnachtsfund.

Von Hermann Kurz.

Justine hatte sich auf das Kind herabgebogen, wie wenn sie dem Rätsel seines Ursprunges näher nachforschen wollte. „Ich weiß nichts davon“, erwiderte sie, in dieser Stellung verharrend.

„Nun, eine von euren Mägden“, fiel der Schuster ein, „hat gestern in der Stadt über den Alex, der ja längere Zeit bei euch im Haus gewesen ist, allerlei wissen wollen, wie daß er gestern morgen so verstört in den Löwen kommen sei und daß er ein böses Gewissen haben müsse.“

Justine richtete sich wieder auf. „Es ist wahr“, sagte sie, „die Grete hat dergleichen von ihm gesagt.“

„Und dieses Gerücht über den Alex“, erzählte die Schusterin weiter, „ist vor die Herren kommen, und die haben meiner Frau dem Ding gleich nachgeforscht. Noch gestern nachmittags, am heiligen Christtag, ist der Alex im Verhör gewesen, und weil er geleugnet hat, so hat man auch seine Braut in Untersuchung genommen.“

„Seine Braut in Untersuchung?“ rief Justine mit weit offenen Augen.

„Das will ich meinen!“ sagte der Schuster unmäßig lachend. „Man hat ihr die Hebamme ins Haus geschickt.“

Justine war dunkelrot geworden, und diese Veränderung der Farbe stach aus ihrem blassen Gesichte ungemein hervor.

„Nicht wahr, das greift euch an?“ sagte die Schusterin. „Mich hat es auch angegriffen. Es ist doch das Schrecklichste, was einer passieren kann.“

„Wer einmal hinter dem Ofen gewesen ist, den sucht man

eben immer wieder dahinter“, bemerkte der Schuster, fort und fort lachend.

„Sie dauert mich“, sagte Justine.

„Nicht auch“, legte die Schusterin hinzu. „Die wenigsten sollten mit ihrem Geschwäg vorsichtiger sein und auch bedenken, was sie damit anrichten können. Sie hat jetzt Schande und Spott davon, daß sie es lange nicht verwinden wird, und ist doch unschuldig im Verdacht gewesen.“

„O, an dem Ruf sind die Sohlen ganz durch“, bemerkte der Schuster, „da ist nichts mehr zu flicken.“

„Du Unglückskind!“ sagte Justine zu dem Säugling, den sie fortwährend auf und ab trug, „laum bist du in der Welt und bringst schon so viel Leute in Not.“

Sie legte das kleine Wesen, das munter mit den Armen umherfuhr, in die Wiege und meinte, jetzt sei es aber endlich Zeit, in die Kirche zu gehen. Da lachten der Schuster und seine Frau und sagten, es habe schon längst ausgeläutet, die Predigt müsse bereits begonnen haben, und ohne Störung sei jetzt nicht mehr hineinzukommen. Justine besann sich einen Augenblick und bat dann um Erlaubnis, bis zum Ende des Gottesdienstes vollends dableiben zu dürfen. „Ich will Euch helfen Mutter sein“, sagte sie zu der Schusterin, „weil Euer Mann das Zutrauen zu mir hat.“ Und sie widmete den Kindern ihre kleinen Dienste, half die einen anziehen und unterstützte die andern bei ihren Schreib- und Leseübungen, wobei es sich zeigte, daß der Schulunterricht, den sie trotz ihrer Armut genossen hatte, nicht an ihr verloren war. Eben war sie eifrig beschäftigt, den Kindern etwas vorzubuchstabieren, als der Kleine in der Wiege zu schreien anfing; sie ließ das Buch fallen, eilte hinzu, als ob sie eine bestellte Wärterin wäre, und beschwichtigte den Schreihals in ihren Armen.

„Himmelkreuzdonnerwetter!“ fuhr der Schuster auf, aus Höflichkeit gegen Justine über seine Frau hineinfluchend, „hast denn du keine Hände? Muß dich der Besuch bedienen und den Balg für dich herumschleifen?“

„Fluche doch nicht so unter der Predigt“, erwiderte die Schusterin, ohne sich durch die Hitze ihres Mannes, an die sie gewöhnt zu sein schien, ansetzen zu lassen.

„Ihr seid ein recht böser Mann“, sagte Justine zu ihm, „daß Ihr so an eure Frau hinbonnert. Sehet Ihr denn nicht, daß sie genug zu tun hat und daß ich ihr gern behilflich bin?“

„Und schler möchte ich sagen von Rechts wegen“, setzte die Schusterin lachend hinzu, „denn die Justine ist selber schuld an dem Geschrei, sie hat mit den kleinen Spitzbuben schon verzogen.“

„Ja, das ist wahr“, sagte der Schuster, „Ihr müßet ihn nicht so viel tragen und häßeln, denn einen vornehmen Herrn kann ich nicht aus ihm machen.“

„Ich sehe schon“, erwiderte Justine lächelnd, „ich muß Euch wieder vergüten, was ich verbroschen habe, und muß, so oft ich kommen kann, das Wärteramt bei dem verwöhnten Prinzen versehen, oder Euch die andern Kinder abnehmen, damit sie nicht durch den eingedrungenen Bruder verkürzt werden.“

„Ei ja“, rief die Schusterin freundlich, „haltet nur fleißig Wort, Ihr werdet immer willkommen sein.“

„Sollten wir nicht die Justine bei unserem Christkinde zu Gevatter bitten?“ fragte der Schuster seine Frau halb im Scherz und halb im Ernst. „Sie hat doch, scheint es, das Gemüt, sich seiner anzunehmen.“

(Fortsetzung folgt.)



## Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. Dezember 1922.

### Sammlung „Heimatnot“.

Bei der Zentralkollektion für Wohltätigkeit unmittelbar sind bis jetzt an Beiträgen eingegangen: 8129 853 M. Zusammen mit dem Ertrag der Haus- und Straßensammlung hat die Sammlung in Stuttgart somit 11 057 113 M. ergeben. Dazu kommen noch die seit 1. November von Seiten der Arbeitgeber der Textilindustrie und der Mitglieder der Großhandels für die Mittelstands-Nothilfe eingegangenen Gelder und Stoffe im Wert von 11 725 000 M. Das Gesamtergebnis ist somit bis jetzt 22 782 913 Mark. Weitere ansehnliche Beiträge von Industrie und Handel stehen in Aussicht.

### Schwabenbund.

\* Im Auftrag des Schwabenbunds sprach am Freitag im vollbesetzten Dreißigen Saal Redakteur Fritz Seitz-Stuttgart über die katastrophale Lage Deutschlands. Nach Begrüßungsworten durch den Einberufer der Veranstaltung, Herrn Otto Georgi, der auf den überparteilichen Charakter des Schwabenbunds und dessen nationale Ziele des Ausgleichs der Gegensätze im Volke hinwies, gab der Referent ein tieferschütterndes Bild von den furchtbaren Wirkungen des Versailles-Diktats auf das deutsche Volk, in nationaler, außenpolitischer und namentlich wirtschaftlicher Beziehung. Deutschland, das zu Bismarcks Zeiten bei allen Bündnissen der europäischen Staaten beteiligt gewesen sei, sei 1914 mit der innerlich moribunden Donaumonarchie und dem verräterischen Italien verbündet gewesen, und bei seinem Zusammenbruch sei es 27 Siedestaaten gegenüber geblieben, die ihm den Vertrag von Versailles aufgedrungen hätten. Wir seien vor der Wahl gestanden, entweder Einmarsch, Hungerblockade und Zerfall bei Ablehnung des Diktats hinzunehmen, oder aber unter Todesurteil selbst zu unterschreiben. Wir hätten es, wehrlos und waffenlos, wie wir gewesen seien, hingenommen. Und so sei jetzt Deutschland zum Spielball der großen Nationen geworden, weil auch heute noch in den Beziehungen der Völker zueinander das Schwert den Ausschlag gäbe. Man habe uns die Befähigung des Besitzes von Kolonien abgeprochen, und das sei von Belgien wie England geschehen, deren Greuelthaten in ihren Kolonien in aller Welt mit Abscheu genannt würden. Und wie die „Mandatare“ mit der eingeborenen Bevölkerung umgehen, das beweise das Verhalten der Engländer in Deutsch-Südwestafrika, wo sie die Bevölkerung, weil sie sich gegen hohe Steuern auflehnte, durch Flugzeuge bombardieren ließ. Ganz abgesehen davon, daß man uns gewaltige Gebiete mit Millionen deutscher Volksgenossen entriß, führe man den Krieg jetzt weiter gegen uns auf wirtschaftlichem Gebiete. Die Wurzel unserer furchtbaren wirtschaftlichen Not sei der Versailler Frieden. Von der deutschen Kohle, die die Grundlage unserer Industrie gebildet habe, ständen uns 30 Prozent weniger zur Verfügung. Im Saargebiet seien uns 10 Prozent, in Oberschlesien sogar 20 Prozent unserer Kohlenförderung verloren gegangen. Aus dem Ruhrgebiet müßten wir monatlich mindestens 100 000 Tonnen abführen. Während wir im Frieden mindestens 3 Millionen Tonnen als Ueberfluß haben ins Ausland abgeben und dafür Lebensmittel und Rohstoffe einführen konnten, müssen wir jetzt 2½ bis 3 Millionen Tonnen aus dem Ausland (England) im Monat einführen, und dabei habe man uns nicht einmal zugelassen, daß wir die fremde Kohle einfach bezahlen, und unsere Kohle behalten, um Frachtkosten zu sparen und die Eisenbahnen zu entlasten, man habe auf dem Buchstaben des Gesetzes bestanden. Mit Lothringen hätten wir ¼ der deutschen Eisenerzeugung verloren, und es sei nicht abzusehen, wie wir auf die Dauer unsere Hochöfen versorgen sollen. Auch die Landwirtschaft sei längst nicht mehr so leistungsfähig wie 1914. Wir haben in Polen und Westpreußen wertvolles Ackerland verloren; auch im verbliebenen Ackerland seien die Erträge pro Hektar zurückgegangen, ebenso wie die Anbaufläche. Zu der Verarmung unserer Wirtschaft komme die Verschuldung. Wir dürfen die Erträge nicht selbst verbrauchen. Wir müssen ungeheure Kohlen- und Holztribute leisten. Allein an Holz werden über 50 Millionen Kubikmeter gefordert, jedoch beispielsweise der 1913 angefallene Kuchholzertrag Württembergs 30 Jahre lang abgeleert werden müßte. Weiter erinnerte der Redner an die laufende Ablieferung von Farbstoffen, Chemikalien in Zehntausenden von Tonnen. Zu diesen Sachschäden kommen die Geldschulden. Wir sollen jährlich etwa 5—6 Milliarden Goldmark abzahlen, ungerichtet die Milliarden, die wir für die Besatzungsarmee ausgeben müssen und für die verschiedenen Kontrollkommissionen der Entente, die unsere Volkswirtschaft ausplündern. So nahm man aus unserem volkswirtschaftlichen Organismus das Mark und das Blut, und man dürfe sich nicht wundern, wenn unsere Wirtschaft ruiniert sei, weil wir als anständige Menschen den Versuch einer Befriedigung der ungeheuerlichen Forderungen unserer Gläubiger gemacht haben. Zu dieser Ausplünderung komme aber noch die Behinderung der Entfaltung unserer Volkswirtschaft. Wir müssen den Siegerstaaten das Meistbegünstigungsrecht einräumen, von ihnen Waren, z. B. Luxuswaren hereinlassen, die wir uns gar nicht leisten können, während unsere Gegner Zollschranken gegenüber unseren Produkten in beliebiger Höhe aufrichten dürfen. Man behandle uns als Nation 2. oder 3. Grades. Daß eine Wirtschaft, der solche Gefährlichkeiten angetan seien, und gleichzeitig als meißelndes Schwert die ganze Welt in Anspruch genommen werde, nicht existieren könne, müßte jedem Menschen mit gesundem Menschenverstand klar sein.

Das hoffnungsloseste aber an unserer Lage sei, daß unser Volk nicht mehr die Kraft aufbringe, sich zusammenzuschließen, um wenigstens nach außen eine feste Front zu bilden. Die Parteien und Gruppen stehen oft dem nationalen Elend gleichgültig gegenüber, und seien nur auf Kampf gegeneinander eingestellt. Der moralische Zusammenbruch unseres Volkes sei das Schlimmste. Dazu komme noch auf der einen Seite die Not des arbeitenden Volkes und des Mittelstandes, auf der andern Seite die Schlemmerei in Lugusgaststätten. So verliere das Ausland auch noch

das Vertrauen in unsere moralischen Qualitäten, weil es die Not in den Häusern der Bedürftigen nicht sehe. Zwischen Staat und Volk bestehe nicht das notwendige innige Verhältnis, der Staat sei in den meisten Fällen nur noch das Objekt der kämpfenden Parteien. Aber neben den erworbenen Rechten im Staate hätten wir doch auch die Pflichten gegen den Staat, und wenn man sehe, wie die Franzosen die Zerkrümmungspläne fortspinnen, dann müsse jeder Staatsbürger sein Bestes tun, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, sich bei einer Gegenwirkung auf die geschlossene Front des Volkes zu stützen. Wir müßten uns auch gegen die Ueberfremdung unserer Wirtschaft (Ausverkauf und Ankauf durch das Ausland) zu wehren suchen. Der furchtbare Druck von außen, die innere Not dauern nun schon seit dem „Friedensschluß“ 3 Jahre, und es bestehe die Gefahr, daß die Verzweiflung uns in neue politische Wirren stoße, und daß wir dadurch dann vollends ganz zugrundegehen. Die Industrieprodukte hätten längst den Weltmarktpreis erreicht, sodas Abgang und im Zusammenhang damit Arbeitslosigkeit drohe. Die Ernte sei dieses Jahr schlecht gewesen und schlecht herangebracht worden. Angesichts solcher Gefahren sei es unsere Pflicht und höchste Zeit, daß wir die Dinge nicht weiter laufen lassen. Es müsse der Wille zur Tat aufgebracht werden, gemeinschaftlich von oben wie von unten. Wenn alle Volksteile fest zusammenstehen, und für die Zeit dieser furchtbaren Not wenigstens den Burgfrieden achten, wenn wir den feinsten Geist der Privatintelligenz zu Gunsten des nationalen Geistes aufgeben, der dem Gesamtwohl gelte, dann könne man noch an eine Rettung denken. Aber nicht nur der Geist des Hasses und der Verheerung müsse bekämpft werden, wir müßten uns auch zu dem Opfer aufschwingen, unsere Wirtschaft durch Mehrerzeugung wieder leistungsfähig zu machen. Das Ziel der Stärkung der moralischen Widerstandskraft in denjenigen furchtbaren Nöten erstrebe der Schwabenbund, neben der Bekämpfung der Hauptursachen derselben, des Versailler Diktats und der Grundlage dieses Schmiedewerks der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen, und die Wirkung desselben zeigte sich in der Anmeldung von 30 Mitgliedern, sodas die hiesige Ortsgruppe schon die Zahl von 50 Mitgliedern erreicht hat.

### Der deutsche Ev. Kirchenauschuß zur Ehescheidungsfrage.

Der deutsche Evang. Kirchenauschuß als Vertreter der evang. Landeskirchen hat jenseit an die Reichsregierung eine Eingabe betr. die Ehescheidungsreform gerichtet, worin er die Möglichkeit einer Ehescheidung für ganz bestimmte, klar abgrenzte Fälle der Verschuldung eines oder beider Ehegatten will offen gehalten sehen. Von einem laizierten Ehescheidungsrecht befürchtet er eine verhängnisvolle Erweiterung der sittlichen Begriffe und Gefährdung der Würde und Heiligkeit im Bewußtsein des Volkes; ferner macht er die Rückwirkung der Ehescheidungen auf die Kinder der Geschiedenen geltend.

### Die Not der geistigen Arbeiter.

Der Wirt. Goethebund plant eine große Kundgebung der freien Berufe, d. h. der Ärzte, Künstler, Musiker, Schriftsteller, Rechtsanwälte usw., die ein Bild von der furchtbaren Lage dieser Berufe geben und Wege zur Abhilfe ihrer Not weisen soll. Die Vorbereitungen zwischen den Vertretern der Organisationen der genannten Berufe und dem Vorstand des Goethebunds haben bereits begonnen, voraussichtlich wird die Kundgebung in der zweiten Woche des Januar stattfinden.

### Nichtig frankieren.

Von Freitag, den 15. Dezember, ab erhöhte sich das Porto für Briefe usw. Briefe kosten jetzt im Ortsverkehr bis 20 g 10 M., bis 100 g 15 M. und 250 g 25 M., im Fernverkehr bis 20 g 25 M., bis 100 g 35 M. und 250 g 45 M. Postkarten im Ortsverkehr 5 M., im Fernverkehr 15 M., Druckfachen bis 25 g 5 M., bis 50 g 10 M., bis 100 g 15 M., bis 250 g 25 M.

### Briefsendungen mit mangelhaften Anschriften.

Mängel in der Aufschrift von Postsendungen, namentlich das Fehlen der Angabe von Straße und Hausnummer bei Sendungen nach großen Orten und außerdem der Nummer der Bestellpostanstalt bei Sendungen nach Großstädten wie Berlin, Breslau, Dresden, Hamburg, München wirken für Post und Publikum außerordentlich nachteilig. Die nach Tausenden zählenden Briefe nach Großstädten, auf denen weder die Nummer der Bestellpostanstalt, noch Straße und Hausnummer angegeben sind, bilden eine schwere Last für den Postbetrieb, weil sie das Verteilungsgeschäft aufhalten und den Antritt der Bestellungen verzögern. Die Ergänzung der Aufschrift solcher Sendungen durch Angabe des Bestellpostamts und der Straße ist mit Zeitverlust und erheblichen Kosten verknüpft. Damit nicht durch die zeitraubende Bearbeitung der ungenügend beanschrifteten Sendungen das Verteilungsgeschäft beim Eingang der großen Posten erheblich aufgehalten und der Beginn der Bestellungen verzögert wird und damit ferner dem ständigen Steigen der Aufwendungen Einhalt geboten wird, ist in Hamburg, wo die Schwierigkeiten besonders groß sind, dazu übergegangen worden, die Bearbeitung von Sendungen mit unvollständiger Aufschrift auf verkehrsschwache Stunden oder bis zum Eintritt von Betriebspausen zurückzustellen. Die in Betracht kommenden Sendungen erhalten einen Stempelabdruck: „Verzögert, weil Straße und Nummer des Bestellpostamts fehlen.“

### Der Gedanke der abstuften Wertung.

Der Bund gegen Wucher und Teuerung hat an den Reichsanzler, an das württ. Staatsministerium, an den volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags und an den Reichswirtschaftsrat eine Eingabe gerichtet, in der die Forderung nach Anerkennung der „abstuften Wertung“ erhoben wird, um die Besitzer von Renten, Hypotheken, Wertpapieren jeder Art gegen weitere Entwertung ihres Besitzes zu schützen, den Sparsinn unseres Volkes wieder zu

beleben und der Kapitalknappheit, soweit sie auf Anlegung des baren Geldes in Sachwerten beruht, abzuwehren.

### Einreiseverkehr nach der Schweiz.

Bei der Einreise von der Schweiz nach Deutschland können Gegenstände, die neu sind oder neu erscheinen und die wieder nach der Schweiz ausgeführt werden sollen, zollamtlich vorgeprüft werden. Zur Vermeidung der Ausfuhrschwierigkeiten ist es dringend zu empfehlen, sich beim deutschen Grenzgangszollamt eine amtliche Bescheinigung zu verschaffen über mitgeführte Zahlungsmittel, falls sie mehr als 200 000 M. (seit 1. 10. 20 000 M.) betragen. Für Metallgeld jeder Art muß eine Bescheinigung durch den Reisenden verlangt werden. Bei der Ausreise nach der Schweiz muß für die Ausfuhr von in Deutschland erworbenen Gegenständen eine Ausfuhrbewilligung vorgewiesen werden. Will man mehr als 200 000 M. mit in die Schweiz nehmen, so ist eine Eingangsbefcheinigung erforderlich. Zollamtlich zurückgewiesene Gegenstände werden von der Zollverwaltung nicht in Verwahrung genommen.

### Landtag.

(SW.) Stuttgart, 15. Dezbr. Der Landtag beschäftigte sich zunächst mit einigen kleinen Anträgen. Hervorzuheben ist, daß nach Ansicht der Regierung das energische Einschreiten der Wucherpolizei gegen den Stuttgarter Wucherverein eine wesentliche Hemmung der von diesem eingeleiteten Preissteigerung zur Folge gehabt hat. Der Nachtrag betr. die Staatsrentämter wurde gegen die Stimmen der Bürgerpartei und des Bauernbundes in 2. Lesung angenommen. Der Entwurf über Änderung der Polizeiverwaltungsgesetzes fand in 2. und 3. Lesung Annahme gegen die Stimmen der Kommunisten. Beim Polizeibeamtengesetz wurde ein Antrag Heymann (Soz.), in den Disziplinargerichtshof einen Landjäger anstelle eines weiteren richterlichen Mitglieds zu berufen, mit 34 gegen 34 Stimmen abgelehnt und das Gesetz schließlich mit den Ausschüßanträgen in 1. und 2. Beratung angenommen. Beim Schutzpolizeibeamtengesetz wurden ebenfalls zwei sozialdemokratische Anträge abgelehnt und dieses Gesetz in 2. Lesung angenommen.

(SW.) Stuttgart, 15. Dezbr. Die Große Anfrage Pfleger betr. Uebergriffe der Nationalsozialisten wird erst morgen beantwortet. Dann gab es heute rasche Arbeit, indem teils debattelos, teils nach kurzen Bemerkungen eine Reihe von Vorlagen, teils in dritter, teils in 1. bis 3. Beratung verabschiedet wurden. So fanden Annahme das Polizeiverwaltungsgesetz, das Polizeibeamtengesetz samt dem vielumstrittenen Präsidentenposten, das Schutzpolizeibeamtengesetz unter Ablehnung sozialdemokratischer und kommunistischer Anträge, die teils die Zuständigkeit der Stadt Stuttgart, teils die Gehaltseinstufungen betrafen, ferner das Gesetz über die Bürgerschaftsübernahme für die Gewährung eines Kredits von je einer Milliarde an die Gemeinden und Amtskörperschaften und an die Landwirtschaft, wobei der Ernährungsminister Reil die Notwendigkeit des Ankaufs einer 15tägigen Ernährungsreserve durch die Gemeinden und Amtskörperschaften und die Notwendigkeit einer Beschaffungsbeihilfe für Kunstdünger an die Landwirtschaft nachwies. Auch das Gesetz über einen Zuschlag zur Wohnungsabgabe von 200 Prozent wurde gegen den Widerspruch der äußersten Rechten und äußersten Linken angenommen, damit wenigstens die bereits angefangenen Wohnungsbauten vollendet werden können. Annahme fand auch die Änderung der Gebäudebrandversicherung, wobei gegen den Antrag Taxis (WB.) der 2½fache nicht der 2fache Betrag festgesetzt wurde. Schließlich gelangten noch zur Annahme das Gesetz über die Verfestigung des Sporteltarifs und die 5. Änderung der Besoldungsordnung. An Stelle des ausgeschiedenen Abg. Rapp (WB.) wurde der Abg. Obenland (WB.) legitimiert.

### Beleidigungsprozess Bazille gegen das Heilbronner Redarecho.

(SW.) Heilbronn, 15. Dezbr. Am Donnerstag fand vor der Strafkammer des Landgerichts Heilbronn die Verhandlung über die Beleidigungsklage statt, die die Staatsanwaltschaft auf Antrag des Abg. Bazille gegen den Schriftleiter Lukas Müller des sozialdemokratischen Heilbronner Redarecho erhoben hat. Der Angeklagte war in erster Instanz vom Schöffengericht zu der Geldstrafe von 300 M. verurteilt worden. In dem Urteil des Schöffengerichts war ausgesprochen worden, daß der Nebenkläger Bazille sich herabsetzender Ausdrücke über leitende Minister der Republik bedient habe und daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis hierfür im wesentlichen gelungen sei. Er wurde infolgedessen nur wegen formaler Beleidigung bestraft. Gegen das Urteil des Schöffengerichts hatten der Nebenkläger Bazille, die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte Berufung eingelegt. In dem gestern gefällten Urteil der Strafkammer wurde die Berufung des Angeklagten abgewiesen, auf die Berufung der Staatsanwaltschaft und des Nebenklägers Bazille dagegen das Urteil des Schöffengerichts aufgehoben und der Angeklagte zu der Geldstrafe von 2000 M. eventl. 14 Tagen Gefängnis, Tragung der Kosten beider Instanzen und der Auslagen des Nebenklägers, sowie Veröffentlichung des Urteils im Redarecho verurteilt. Das Urteil sprach aus, daß der Angeklagte nicht bloß wegen formaler Beleidigung, sondern auch wegen übler Nachrede zu bestrafen gewesen sei, da er wiesenermaßen der Abg. Bazille die ihm von dem Angeklagten in den Mund gelegte Redewendung („Der Reichsanzler Dr. Wirth ist ein Schulbube“) nicht gebraucht habe. Auf eine zu Beginn der Verhandlung von dem Vorsitzenden gegebene Anregung eines Vergleichs erklärte der Nebenkläger Bazille, angesichts des Urteils des Schöffengerichts mit Rücksicht auf seine Wähler nicht eingehen zu können.

unter einer Ehren...

des Präsidenten...

die Teuerung...

### Wohlfahrtskassen.

Die russischen...

Tag Stef für die...

### tenneleges.

der Reichsarbeits...

Schuster auf, aus...

„erwiderte die...

Justine zu ihm...

„Ihr müßet ihn...

„ich muß...

„haltet nur stei...

erem Christkinde...

„scheint es, das...



Br. Bad Teinach, 17. Dezbr. In den Gemeinden merkt man im allgemeinen, wie man aus den Wahlergebnissen ersieht, eine gewisse Wahlmüdigkeit. Teinach verhielt sich anders. Bei der gestrigen stattgefundenen Gemeinderatswahl stimmten 81,5 Prozent der Wahlberechtigten ab. Auf den Wahlvorschlag der Bürgervereinigung entfielen 635 Stimmen, auf den der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei 444 Stimmen. Gewählt sind: Verwaltungssaktuar Hilligardt (S.D.) mit 238 St., Hermann Harsh, Pascher (Soz.) mit 155 Stimmen, Adolf Andler, Hirsch (S.D.), mit 155 Stimmen, Alfred Siegel, Schmied, (S.) mit 139 Stimmen, Gustav Schrägle, Glasermeister, (S.D.) mit 85 Stimmen.

(S.D.) Neuenbürg, 16. Dezbr. In Bände wird ein weiterer Gastwirtschaftsbetrieb die Pforten schließen: der Palmenhof. Wie verlautet, geht dieser in den Besitz des Holzhändlers Robert Wild in Schwann über. Als Kaufpreis werden 3 Millionen Mark genannt.

(S.D.) Ulm, 15. Dezbr. Das ledige Dienstmädchen Magdalena Nimesgern stahl einem Kaufmann, bei dem es bedienstet war, Gegenstände im Gesamtwert von etwa 500 000 M. Außerdem unterschlug sie ihrem Dienstherrn einen Geldebetrag von 10 000 M und ging flüchtig. — Einem hiesigen Hotelierohn wurde nach einer vorausgegangenen langen Zecherei mit Freunden und Freundinnen ein Geldebetrag von 150 000 M entwendet. Er hatte seine Zechumpfen bei sich übernachtet lassen und es besteht der Verdacht, daß die Summe bei dieser Gelegenheit entwendet worden ist. Der Täter konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

(S.D.) Vom Bodensee, 16. Dezbr. Vor einigen Wochen wurde Stationsmeister Kurz im Bernrain bei Emmishofen abends überfallen und durch Schüsse derart verletzt, daß er bald starb. Die deutsche Polizei hat nun den Mord, der in der Schweiz große Aufregung verursachte, aufgeklärt. Es handelt sich dabei um den etwa 26jährigen Arbeiter Karl Maier von Konstanz, der vor Jahresfrist schon wegen schweren Raubs bei Marzdorf zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden und sodann aus dem Zuchthaus entwichen ist.

(S.D.) Vom Bodensee, 17. Dez. Die Konstanzener Kirchenräuber, die vor einigen Wochen aus der Sakramentkammer des Münsters in Konstanz sieben wertvolle Reliquien gestohlen hatten, sind nun alle verhaftet. Zwei Diebe, die Brüder Eduard und Karl Böhrler, konnten schon gleich nach der Tat festgenommen werden. Nunmehr wurden in Durlach auch die Helfer verhaftet, nämlich der

Händler Gustav Kieß aus Pforzheim und die Kellnerin Käthe Flaig aus Heidelberg. Die Reliquien konnten noch nicht beigebracht werden.

## Gedenket der Heimatnotspende!

### Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

**Wirtschaftliche Wochenschau.**  
**Geldmarkt.** Eine gewisse Beruhigung ist auf der Lage des Geldmarktes nicht zu verkennen. Das Allerelevanterbarometer, der Dollarkurs, hat sich nun fast 3 Wochen lang ziemlich unverändert auf dem Stande von 8000 gehalten, aber in den letzten Tagen dieser Berichtswoche eine deutliche Tendenz zum Rückgang gezeigt, die ihn am 14. Dezember auf 7575 M fallen ließ. Ganz so apathisch, wie es noch vor 8 Tagen aussah, sind offenbar die maßgebenden deutschen Finanzkräfte in letzter Zeit nicht gewesen. Die Entsendung Bergmanns nach London hat vielleicht doch noch ihre Wirkung, obgleich Poincare bei der Konferenz die deutschen Vorschläge mit einer Handbewegung unter den Tisch warf. Auch die Erklärung des Präsidenten Harding konnte, so wenig sie an und für sich befragt, etwas beruhigend wirken. Jedenfalls sind die Devisenkurse etwas zurückgegangen. So kosteten am 14. Dezember 100 deutsche Mark in Zürich 0,0690 (am 7. Dezember 0,0655) Franken; in Amsterdam 0,0325 (0,0305) Gulden; in Stockholm 0,05 (0,0475) Kronen; in Wien 855 (850), in Prag 0,425 (0,3575) Kronen und in Newyork 0,0131 (0,0125) Dollar.

**Börse.** Die Haussee hat sich die ganze Woche über fortgesetzt. Jeder Börsentag brachte der Spekulation neue Gewinne. Es gibt zwar Stimmen, die auf einen bevorstehenden Rückschlag hinweisen und vor Uebertreibungen warnen, aber die Kauflust scheint immer noch unersättlich. Sie wird belebt durch breite Schichten, die ihr unzureichendes Einkommen auf bequeme Weise vermehren wollen. Für diese ist die Gefahr am größten. Immerhin gab es wieder Kurssteigerungen bis zu mehreren Tausend Prozent.

**Produktenmarkt.** Hier hat sich die Lage gegen die vorige Woche wenig verändert. Es gab zwar einige Tage lang eine wilde Haussee, die alle bisher erlebten Preise übertraf und beispielsweise den Doppelzentner Mehl auf 57 000 M hinauftrieb, aber dann trat eine Ernüchterung ein und es blieb schließlich bei den Preisen wie vor

8 Tagen. Am 14. Dezember kosteten in Berlin Weizen 15 600 (unv.), Roggen 13 500 (—100), Sommergerste 13 400 (plus 400), Hafer 13 100 (—400), Mais 14 900 (—700), und Mehl 46 000 (unv.) Mark. Heu wurde am letzten Montag in Stuttgart um 4000 M höher bis zu 14 000 M bezahlt und Stroh sogar bis auf 17 000 M getrieben, doch sind diese Preise inzwischen zweifellos durch den am Montag zu erwartenden Rückschlag überholt.

**Warenmarkt.** Trotz der Beruhigung auf dem Geldmarkt ist der Warenwertungsprozess noch nicht aufgehoben. Das Weihnachtsgeschäft mag dazu beigetragen haben, aber es bildet keine genügende Erklärung für die auffallende Erscheinung, daß wir nun schon seit Wochen stabile Devisenkurse, seit einiger Zeit sogar eher eine Erleichterung des Geldmarktes und trotzdem immer noch weiter steigende Warenpreise zu verzeichnen haben. Von der Kohle und dem Eisen, von der Rindshaut und der Milch bis zu den letzten Verfeinerungen dieser Stoffe kennt man nur Preissteigerungen, Lohnerhöhungen und folglich neue Preissteigerungen. Noch vor einem Jahr haben wir Oesterreich bemitleidet und heute sind wir weit schlimmer daran als Oesterreich am Ende des vorigen Jahres. Je mehr Papiergeld das Reich auf den Markt wirft, desto teurer werden die Waren und desto weniger Wert hat das Geld.

**Beimarkt.** Nichts als Preissteigerungen für Zuchtvieh und Schlachtvieh.

**Schlachtmarkt.** Die Preise ziehen auch hier immer noch an, scheinen aber jetzt ihren Höhepunkt erreicht zu haben.

**Schweinepreise.**  
 In Gerabronn kostete das Paar Milchschweine 28 000—39 000 M, in Nürtingen das Stück 10—15 000 Mark; Läuferchweine wurden zu 21—42 000 M das Stück verkauft. — In Ulm kostete ein Milchschwein 12—17 000 Mark, ein Läufer 20—35 000 M.

**Märkte.**  
 (S.D.) Heilbronn, 16. Dezbr. (Schafmarkt.) Zufuhr in 7 Herden 478 Stück. Davon wurden 425 Stück verkauft. Bezahlt wurden für 1 Paar Lämmer 54 000 M, Jährlinge 31 000 M, Mutterchafe 50 000 und 60 000 M.

Die hiesigen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Waren- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. D. Schill.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der A. Celschläger'schen Buchdruckerei Calw.

### Ämtliche Bekanntmachung.

**Kommunalverband Calw.**  
 Infolge der Bahnstrahlerhöhung auf 1. Dezember 1922 hat sich der Preis für den

## Oktober-November-Zucker

etwas verändert. Dementsprechend werden im Einverständnis der Landesversorgungsstelle die

### Kleinhandelspreise

wie folgt festgesetzt:  
 Eriskalkzucker per Pfund Mk. 105.—  
 Huizucker " " " 110.—  
 Sandzucker " " " 110.—

Die vorgenannten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisesgesetzes. Die Versorgungsberechtigten haben den Zucker sofort gegen Barzahlung bei ihrem Kleinhändler abzuholen. Die Kleinhändler haben die gesammelten Zuckermarken an den Kommunalverband abzuliefern und sofort ihre Bestellung auf den Dezember-Zucker wieder beim gleichen Großhändler zu machen.

Calw, den 11. Dezember 1922.  
 Kommunalverband: Oberamtmann G. S.

### Ämtergericht Calw.

Im Gewerkschaftsregister wurde heute bei der Eirkaufsgenossenschaft für das Bäckergerwerbe Calw e. G. m. b. H. in Calw eingetragen, daß die Häftsumme für jeden Geschäftsanteil jetzt 20000 Mk. beträgt.  
 Den 15. Dezember 1922. Obersekretär Dürr.

## Wand-Kalender für das Jahr 1923

mit Märkteverzeichnis.  
 Zum Preise von 10.— Mk. zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Mein Geschäft bleibt am Sonntag, den 24. Dezember geschlossen.  
 Ich bitte meine werte Kundschaft, ihre  
**Weihnachts-Einkäufe**  
 bei mir im Laufe dieser Woche besorgen zu wollen.  
**Ritter-Drogerie**  
 D. G. Ristowshi, Calw.

## Dankagung.



Für die vielen wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme an dem herben Verluste unserer innigst geliebten, unvergeßlichen Gattin und Mutter sagt aufrichtigen Dank

**Familie Hermann Schnauser.**  
 Calw-Weilderstadt, den 18. Dezbr. 1922.

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw. einen noch so geschickt abgefaßten Text aufweisen, so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil zur packenden Herstellung mit dazu beiträgt. Wirkungsvolle Ausstattung der

## Reklame-Drucksachen

bedingt darum stets ihren Erfolg! Wirklich zweckentsprechende Drucksachen aller Art bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausführung liefern wir in denkbar kürzester Frist. / / / /

**A. Oelschläger'sche Buchdruckerei**  
 Sernspacher 9 Calw Lederstraße 151.

**Georgenäum Calw.**  
 Mittwoch, den 20. Dezember abends 8 Uhr  
**Vortrag über „Wald- u. Forstwirtschaft“**  
 mit Lichtbildern  
 von Herrn Forstmeister Feucht-Teinach. Hiesig wird jedermann freundlichst eingeladen.  
 Calw, den 16. Dezember 1922.  
 Georgenäumrat: Dr. Knobel Vors.

**Lichtspieltheater Badischer Hof.**  
 Heute Montag u. morgen Dienstag je 8 Uhr:  
**Dr. Mabuse**  
 II. Teil.

**Ungersfen**  
 zirka 30—40 Ztr.  
 hat zu verkaufen  
 Wilhelm Härthorn,  
 Flaschnersstr., Gchingen.

**Weizenmehl Nr. 0,**  
**Weizenbrotmehl,**  
**Weizenmuttermehl,**  
**Weizenkleie,**  
**Kleienmelasse,**  
**Haferstalenmelasse**  
 empfiehlt  
**Otto Jung.**  
 Ottenbronn.

**Je 1 Läufer-**  
**schwein**  
 verkauft  
 Michael Großmann,  
 Jakob Hammann.  
 Rentheim.  
 Eine junge  
**Milch-**  
**Ruh**  
 verkauft  
 Jakob Reutischer.

**Buchen-, Eichen-, Tannen-, Forchen-, Stockholz-, Bündel- und Schwarten-Brennholz,**  
 sowie  
**Stangen**  
 aller Klassen haustausendgeg. sofortige Kasse.  
**Wilhelm Lanher,**  
 Eibensbach/Witbg.  
 Fernsprecher 2.  
**Obacht Hausfrauen!!!**  
 Alte Möbel werden wie neu durch Möbelputz  
**„Wunderschön“.**  
 Otto Vinçon, Calw.  
 Fr. Lamparter  
 Gg. Piclifer

Nr. 2  
 Die a  
 London, 18  
 will von maßg  
 ding durch de  
 zwei internati  
 dieser Abkomm  
 und für das  
 zwar sowohl v  
 von den Zenti  
 in ihrer Wirku  
 Zweck der Sid  
 der hauptsächlich  
 die Unterzeichn  
 pen amerikani  
 land unterschre  
 und Deutschlan  
 unter 1 1/2 Mi  
 würde Deutsch  
 mittel oder di  
 kaufen. Ein  
 oder Belgien  
 Waren, die vo  
 werden. Die  
 diesen Bankier  
 auf die gesam  
 thet wird für  
 deutsche Einfor  
 Verpflichtunge  
 gesamte Vorj  
 und auf gründ  
 gegründet sein  
 allerdings noc  
 wird, eine sch  
 rung durch De  
 Deutschland, J  
 von der ameri  
 dem Blatt zu  
 liche private  
 Vernehmen na  
 Bankiergruppe  
 erste Hypothek  
 ser Bankiergru  
 lage seit über  
 Deutschland a  
 zahlen könne  
 fort bezahlt w  
 400 Millionen  
 bei der zuneh  
 lichen Zahlung  
 würden Deuts  
 und der amer  
 geschlagenen  
 lar zurückzula  
 zahlung des  
 Die private M  
 land würde  
 Amortisatione  
 gen, daß Frank  
 anderen Schri  
 das industriell  
 Richtung wirt  
 schen den Ver  
 werden solle.  
 land, Frankrei  
 Balkan für de  
 sei. Nirgends  
 affizierten Sch  
 Vereinigten S  
 Ansicht der an  
 kiers außerhal  
 auch nicht von  
 ritanische Vorj  
 affizierten Sch  
 bisherige Halt  
 affizierten Schu